

# Schwerpunkt Erste Ergebnisse aus der Abstimmungsumfrage

## Lieber mit der Giesskanne als gar keine finanzielle Entlastung von Rentnern

**Pro und Kontra** Die Befragten wollen Rentner finanziell entlasten. Befürworter der DpL-Initiative nahmen dafür teils bewusst in Kauf, dass von der Franchisbefreiung reiche Rentner profitieren.

VON DANIELA FRITZ

Der Abstimmungskampf zur Franchisbefreiung für Rentner war - abseits von Medienberichten und weniger Leserbriefe - kaum wahrnehmbar. Das verwundert nicht, waren die Meinungen schon früh gemacht. Wie erste Ergebnisse der Umfrage des Liechtenstein-Instituts mit den Tageszeitungen «Volksblatt» und «Vaterland» zeigen, war für 71 Prozent der Befragten die Entscheidung von Anfang an klar. «Dieser Wert ist auch im mehrjährigen Vergleich hoch», erklärte Thomas Milic vom Liechtenstein-Institut. Nur beim Vetorecht und «HalbeHalbe» fiel die innere Entscheidung noch schneller.

### Zeit für Entlastung

Das Liechtenstein-Institut hat auch untersucht, welche Argumente der beiden Lager besonders gut ankamen. Dabei zeigt sich, dass sowohl Gegner als auch Befürworter der DpL-Initiative der Meinung waren, dass die finanzielle Lage der Rentnerinnen und Rentner aufzubessern ist. 81 Prozent aller Befragten, die am Sonntag an der Abstimmung teilnahmen, konnten dem grundsätzlichen Anliegen etwas abgewinnen. Für laufende und künftige politische Vorstösse zur Entlastung der Rentner sind diese Ergebnisse natürlich

ein willkommener Antrieb. Allerdings dürfte die Zustimmung zur DpL-Initiative mit 63,9 Prozent auch deshalb so hoch gewesen sein, da die Folgekosten entsprechend gering sind. Knapp drei Viertel waren der Ansicht, dass die anfallenden Kosten einer Franchisbefreiung für Rentner für Liechtenstein verkraftbar sind. Die DpL ging von 3,5 Millionen Franken pro Jahr aus. «Finanziell stand nicht allzu viel auf dem Spiel. Vielleicht war dies mit ein Grund, weshalb sich einige gar nicht erst an der Abstimmung beteiligten», kommentierte Milic.

### Höhere Prämien in Kauf genommen

Im Vorfeld zur Abstimmung betonten diverse Landtagsabgeordnete und auch Gesellschaftsminister Manuel Frick, dass die Franchisbefreiung nicht treffsicher sei. Ganz nach dem «Giesskannenprinzip» würden davon auch reiche Rentner profitieren, für die die Franchise kein Problem darstellt. Dieses Argument kam nicht nur im Nein-Lager besonders gut an. Rund drei Viertel aller Nein-Stimmenden waren mit dieser Aussage vollkommen und weitere 15 Prozent eher einverstanden. Selbst im Ja-Lager fand es bei gut einem Drittel durchaus einen gewissen Anklang. «Aber offenbar nahmen die Ja-Stimmenden diese finanziellen Begünstigungen für solche, die es eigentlich nicht nötig haben, in Kauf, um sicherstellen zu können, dass es diejenigen, die es nötig haben, auch sicher erhalten», erklärte Milic die Überlegung vieler Befürworter der DpL-Initiative. Zudem befürchtete nicht nur eine Mehrheit der Neinstimmenden (88 Prozent), dass es ohne die Lenkungswirkung von Franchisen zu einer

Mengenausweitung - und in Folge zu höheren Krankenkassenprämien für alle - kommt. Diesem Argument konnte auch immerhin rund ein Viertel der Ja-Stimmenden etwas abgewinnen, nahm dies aber in Kauf. Eine eindeutige Erklärung hat Milic dafür nicht. Der Politologe vermutet, dass diese Personen entweder andere Argumente als wichtiger achteten oder unter dem Strich selbst bei einer Prämienhöhung von einer Franchisbefreiung finanziell profitieren würden. Überhaupt nicht einig waren sich die verschiedenen Lager darin, ob die Älteren bei der Kostenbeteiligung schon heute gegenüber den Jüngeren begünstigt würden und es daher keiner weiteren Begünstigungen bedürfe. Dem widersprachen die Ja-Stimmenden vehement, während die Nein-Stimmenden diese Haltung fast unisono teilten. Im Kern geht es wohl um die «Fairness» einer Franchisbefreiung für Rentner, meint Milic: «Die Ja-Stimmenden, darunter viele Rentnerinnen und Rentner selbst, waren der Ansicht, das sei fair und angemessen, während die Nein-Stimmenden das anders sahen.»

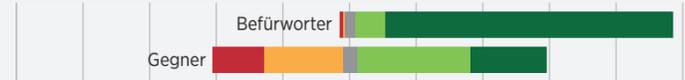
### Über die Umfrage

Die Online-Befragung lief zwischen dem 14. und 26. Juni 2022 und war über die beiden Tageszeitungen sowie auf der Homepage des Liechtenstein-Instituts erreichbar. Insgesamt nahmen knapp über 2000 Personen teil, letztlich liegen 1309 (nahezu) vollständige Interviews von in Liechtenstein Stimmberechtigten vor. Davon haben die meisten auch an der Abstimmung teilgenommen (1268). Das Liechtenstein-Institut beschränkte sich deshalb auf die Analyse des Stimmverhaltens und nicht auf die Gründe der Stimmbeteiligung. Die kompletten Ergebnisse sollen im August veröffentlicht werden.

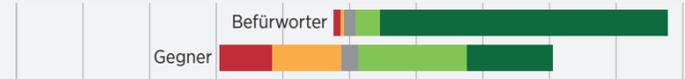
## Für und Wider Franchisen

Argumentetest nach Gegnern und Befürwortern der Initiative

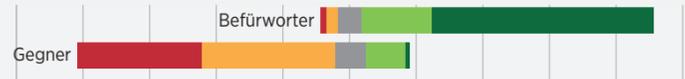
Die Lebenshaltungs- und Gesundheitskosten steigen permanent, aber die AHV-Rente wurde seit 2011 nicht erhöht. Es ist an der Zeit, Rentner zu entlasten.



In der Schweiz wurde die AHV-Rente seit 2011 vier Mal erhöht. In Liechtenstein seither nie. Eine finanzielle Entlastung der Rentner ist überfällig.



Die Initiative ist eine faire Lösung, weil auch Rentner mit einer halben AHV-Rente die gleiche Unterstützung erhalten wie solche mit einer vollen Rente.



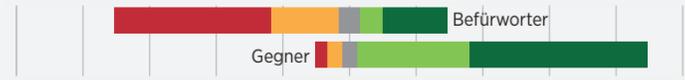
Mit der Franchisbefreiung werden nur in Liechtenstein wohnhafte Rentner unterstützt.



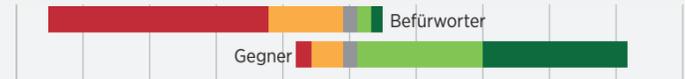
Mit der Franchisbefreiung nach dem Giesskannenprinzip werden auch reiche Rentner entlastet.



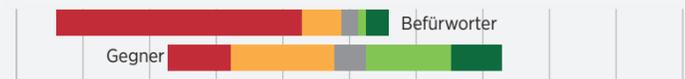
Bei Franchisbefreiung für Rentner steigen die Gesundheitskosten und als Folge die Krankenkassenprämien.



Rentner werden bei der Kostenbeteiligung gegenüber Jüngeren schon heute begünstigt (tieferer Selbstbehalt).



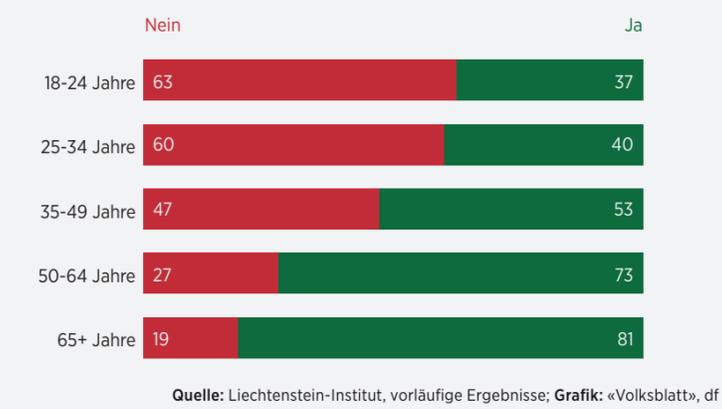
Anfallende Kosten der Initiative sind zu hoch.



Quelle: Liechtenstein-Institut, vorläufige Ergebnisse; Grafik: «Volksblatt», df

## Zustimmung nach Alter

Abstimmungsverhalten nach Alter der Befragten (in Prozent)



## Jüngere wurden überstimmt

**Demografie** Während die jüngeren Abstimmenden die Initiative eher verwarfen, stimmten die Älteren mehrheitlich dafür. Die Jungen müssen sich aber selbst an der Nase nehmen.

VON DANIELA FRITZ

Während das Geschlecht für den Stimmentscheid irrelevant war, spielte das Alter bei der Abstimmung am Sonntag eine ausschlaggebende Rolle, schreibt das Liechtenstein-Institut: Die jüngeren Stimmenden von 18 bis 34 Jahren verwarfen die DpL-Initiative mehrheitlich. Senioren über 65 sowie Stimmende kurz vor dem Rentenalter (50 bis 64 Jahre) nahmen sie dagegen wuchtig an. «Der Altersgraben war bei der Abstimmung recht tief», so Thomas Milic vom Liechtenstein-Institut. «In

Kombination mit der - aus einigen Gemeinden bereits bekannten - tiefen Beteiligung der Jungen ergab dies am Ende ein klares Verdikt.» Nicht explizit untersucht hatte das Liechtenstein-Institut allerdings die Gründe, warum fast 40 Prozent der Stimmberechtigten von ihrem Recht nicht Gebrauch machten. Einen Hinweis darauf gibt jedoch die Frage, welche Bedeutung die Befragten der Vorlage zuordneten. Auf einer Skala zwischen 0 (keine Bedeutung) und 10 (höchste Bedeutung) erzielte die DpL-Initiative einen Wert von knapp 5,9. «Die Franchis-Initiative wurde

als eine durchschnittlich bedeutsame Vorlage betrachtet. Für eine nicht unbedeutende Zahl der Stimmenden hatte sie keine überragende persönliche Bedeutung», so Milic. Dies gelte wohl erst recht für jene, die sich am Sonntag nicht beteiligten. Auch das Bildungsniveau und das Einkommen wirkten sich auf den Entscheidung aus: Höhere Bildungsschichten mit höherem Einkommen lehnten die Initiative stärker ab als tiefere Bildungsschichten mit geringem Einkommen. Es sei demnach durchaus «mit dem Portemonnaie» abgestimmt worden, so Milic. (df)

## Inkrafttreten muss noch beschlossen werden

# Franchisbefreiung heute nochmals im Landtag

**VADUZ** Der Landtag wird sich nach dem Abstimmungssonntag in der heutigen Sondersitzung nochmals mit der Franchisbefreiung für Rentner befassen. Inkrafttreten muss noch beschlossen werden.

### Inkrafttreten ab 1. Januar 2023

Mit dem deutlichen «Ja» des Stimmvolls am letzten Sonntag zur Abschaffung der Franchise für Rentner wurde die dafür nötige Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes zwar angenommen, es fehlt

im Gesetzesvorschlag jedoch ein Datum für das Inkrafttreten. Wohl ist dieses bei der Überprüfung der Initiative auf Verfassungsmässigkeit verloren gegangen. Die DpL hatte in ihrem Vorstoss bereits den 1. Januar 2023 anvisiert. Dabei soll es gemäss Regierung auch bleiben, wie das Gesellschaftsministerium am Dienstag mitteilte, der heute im Landtag behandelt wird - eine Formalie. «Üblicherweise treten Abänderungen des Krankenversicherungsgesetzes mit ei-

nem gewissen zeitlichen Vorlauf und auf den 1. Januar eines Jahres in Kraft», hält das Gesellschaftsministerium fest. «Das Inkrafttreten am 1. Januar 2023 ermöglicht eine geordnete Einführung der geänderten Bestimmungen und verhindert zeitlich stark verzögerte Abrechnungen zuhanden der Versicherten.» Unterjährige Systemumstellungen würden für die Krankenkassen aus administrativen und technischen Gründen eine nicht bewältigbare Aufgabe darstellen.»

Der Geschäftsführer des liechtensteinischen Krankenkassenverbandes (LKV), Thomas Hasler, hatte selbiges bereits am Montag gegenüber Radio L ausgeführt. So gebe es für die Krankenkassen einiges zu tun. Etwa seien umfangreichere IT-Aufwendungen und Anpassungen der Reglemente nötig. Sehr glücklich über die Franchisbefreiung für Rentner zeigte sich der LKV-Geschäftsführer nicht - damit falle nämlich eine Kostendämpfungs-massnahme weg, wie Thomas Has-

ler gegenüber Radio L sagte: «So besteht die Möglichkeit, dass die Gesundheitskosten steigen - und somit auch die Krankenkassenprämien von uns allen.» Neben dem BuA zur Franchisbefreiung für Rentner beschäftigt sich der Landtag heute ab 9 Uhr auch noch mit einer Casino-Petition, dem Aufbau eigener Gasreserven und -weswegen die Sondersitzung überhaupt einberufen wurde - der Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für eine 2G-Pflicht. (hm)